Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Mittwoch, 7. August 2019
Ausgabe 149
ru.muenchen.de
Als Newsletter oder per WhatsApp unter muenchen.de/ru-abo

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise für Medien **2**
Meldungen **2**
› OB Reiter ruft zu Solidarität mit jüdischen Mitbürgern auf 2
› Filmpreis der Stadt München 2019 für Gisela Schneeberger 3
› Fotokollektiv „Der Greif“ zeigt neues Motiv auf der Kunst-Insel 4
› Airbnb-Studie – Sozialreferat fordert Airbnb zur Kooperation auf 5
› Veranstaltungen im Münchner Stadtmuseum 5
Antworten auf Stadtratsanfragen **7**

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat
Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise für Medien

Wiederholung
Donnerstag, 8. August, 19 Uhr, Kunstpavillon, Alter Botanischer Garten, Sophienstraße 7 a
Verleihung des Seerosenpreises 2019 an Maria Rucker und Albert Lohr mit einem Grußwort von Stadtrat Thomas Ranft (FDP – mut Stadtratsfraktion) in Vertretung des Oberbürgermeisters. Der Sprecher des Seerosenkreises Bildende Kunst, Tobias Krug, begrüßt die Gäste. Laudatoren sind Professor Dr. Andreas Kühne für Maria Rucker und der Künstler Stefan Scherer für Albert Lohr. Die Veranstaltung ist öffentlich.

Wiederholung
Samstag, 10. August, 20.30 Uhr, Königsplatz
Stadträtin Verena Dietl (SPD-Fraktion) gibt in Vertretung des Oberbürgermeisters den Startschuss zur Münchner Radlnacht. Mehr Informationen auf *www.radlhauptstadt.de/radlnacht*. Pressekontakt über Franziska Bär, Telefon 890668321, oder per E-Mail an presse@radlhauptstadt.de.

Meldungen

OB Reiter ruft zu Solidarität mit jüdischen Mitbürgern auf
(7.8.2019) Nach dem jetzt bekannt gewordenen antisemitischen Übergriff auf einen Münchner Rabbiner und dessen Söhne am vergangenen Samstag in Schwabing erklärt Oberbürgermeister Dieter Reiter: „Der Angriff auf einen Rabbiner und seine beiden Söhne entsetzt mich zutiefst. Es ist unerträglich, dass Jüdinnen und Juden – auch hier in München – immer noch in Angst vor Beschimpfungen und Beleidigungen, vor Ausgrenzung oder gar vor gewalttätigen Übergriffen leben. Und es ist der Auftrag einer verantwortungsbewussten, liberalen, respektvollen und demokratischen Stadtgesellschaft, diesen Zustand nicht hinzunehmen, sondern Antisemitismus in all seinen Facetten entschieden zu bekämpfen sowie den betroffenen Jüdinnen und Juden solidarisch zur Seite zu stehen. Antisemitismus ist – egal in welchem Gewand – immer auch ein Angriff auf unsere liberale Gesellschaft, auf die Demokratie und die Grundwerte unseres Zusammenlebens. Wir alle sind deshalb dazu aufgefordert, Antisemitismus in jeder Form und in allen gesellschaftlichen Bereichen entschieden entgegenzutreten. Alle Münchnerinnen und Münchner möchte ich dazu aufrufen, sich einzumischen, wenn Menschen aufgrund ihrer Herkunft, Hautfarbe, Religion, ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung beleidigt, diskriminiert oder angegriffen werden“.

Filmpreis der Stadt München 2019 für Gisela Schneeberger

(7.8.2019) Die Schauspielerin und Kabarettistin Gisela Schneeberger wird mit dem Filmpreis der Landeshauptstadt München ausgezeichnet. Der Filmpreis der Landeshauptstadt München ist die höchste Auszeichnung im Bereich Film und wird für das herausragende Gesamtwerk von Filmschaffenden vergeben, die in ihrem Werk eine deutliche Beziehung zu München erkennen lassen. Ausgezeichnet werden Filmschaffende, deren Werke in Stil und Gehalt hohe Qualität aufweisen und die München als Filmstadt Geltung und Ansehen verleihen. Der Filmpreis wird alle drei Jahre vergeben und ist mit 10.000 Euro dotiert.

Über die Vergabe hat der Verwaltungs- und Personalausschuss als Ferienssenat jetzt auf Empfehlung einer Jury entschieden.

Jurybegründung:

„Ein Stück, ein Film, eine Serie mit Gisela Schneeberger ist immer etwas Besonderes. Seit 50 Jahren prägt sie auf unverzichtbare Weise die bayerische Kultur, spielt am Theater, im Kabarett, in Fernsehfilmen, in Fernsehserien, in Kinofilmen. Aus unendlich vielen Stimmen sticht diejenige von Gisela Schneeberger heraus, egal aus welcher Zeit, egal in welchem Alter, egal in welcher Stimmung. Eine Münchner Stimme, die manchmal a bisserl gschnappig, meist selbstbewusst, witzig und kritisch, wütend und empört, bayerisch und nahbar, sympathisch und liebenswert die Herzen aller Zuschauer/innen im ganzen Land immer wieder im Sturm erobert. Eine Stimme, die modern bleibt, auch wenn sich vieles ändert.

Als junge Frau wollte sie die Prinzessin spielen, aber seither steht sie bis heute mit ihren Rollen für ein souveränes Frauenbild. Gearbeitet hat sie mit Kino-Filmemachern wie Helmut Dietl, Doris Dörrie, Rainer Kaufmann, Markus Goller, Ralf Westhoff oder Simon Verhoeven. Im Januar war sie im ZDF-Zweiteiler ‚Bier Royal' zu sehen, im Oktober startet ‚Eine ganz heiße Nummer 2' im Kino. Klassisch an der Otto-Falckenberg-Schule in München ausgebildet, demonstriert sie, was Künstlerinnen mit diesem Fundament alles schöpfen können, dass sie sowohl das durchlässige Schauspiel beherrschen als auch die unverwechselbare authentische Typenbildung.

‚A bissl was geht immer', sagt der Monaco Franze zur Elli. ‚Na, bei mir ned', entgegnet diese. An ihrer Seite spielten und spielen stets große Männer, von Helmut Fischer über Gerhard Polt und Dieter Hildebrandt bis zu Heiner Lauterbach. Dabei steht Gisela Schneeberger nie im Schatten, sondern leuchtet. Gisela Schneeberger ist seit einem halben Jahrhundert ein Vorbild und wird es immer bleiben. Sie ist eine großartige, eine unverwechselbare Künstlerin. Für die Stadt München, der sie eng verbunden ist, ist Gisela Schneeberger wahrlich ein Glücksfall."

Der Jury gehörten an: Kulturreferent Anton Biebl (Vorsitz), Ulrich Höcherl (Blickpunkt:Film), Monika Haas (Filmstadt München e.V.), Christian Pfeil

(Monopol Kino, Arena Filmtheater), Anja-Karina Richter (Bayerisches Filmzentrum), Gabriele Pfennigsdorf (FFF Bayern) und Professorin Bettina Reitz (HFF München), sowie – aus dem ehrenamtlichen Stadrat – Richard Quaas und Walter Zöller (beide CSU-Fraktion), Julia Schönfeld-Knor und Christian Vorländer (beide SPD-Fraktion) und Sabine Krieger (Fraktion Die Grünen – rosa liste).
Der Preis wird im November im Rahmen einer geschlossenen Feier überreicht.
Infos zum Kulturellen Ehrenpreis unter *www.muenchen.de/kulturfoerderung* unter „Preise".

Fotokollektiv „Der Greif" zeigt neues Motiv auf der Kunst-Insel
(7.8.2019) Das Billboard auf der Kunst-Insel am Lenbachplatz zeigt von Montag, 12. August, bis Anfang Oktober mit „Blame the Algorithm" ein neues Motiv des Münchner Kollektivs für zeitgenössische Fotografie „Der Greif". Das Motiv weist auf ein stadtweites Projekt in Kooperation mit dem britischen Künstlerduo Broomberg & Chanarin hin. Die Kunst-Insel am Lenbachplatz wird im Rahmen von Kunst im öffentlichen Raum – ein Programm des Kulturreferats der Landeshauptstadt München – bespielt und kuratiert.
„Blame the Algorithm" beschäftigt sich mit dem Umgang mit Bildern auf Social Media-Plattformen. Was machen diese Mechanismen der Bildauswahl mit unserem Blick auf die Welt in digitalen Zeiten? Und wie bestimmen soziale Medien die Art und Weise, mit der wir Bilder betrachten, aufnehmen und bewerten? Neben dem Motiv am Lenbachplatz umfasst das Projekt die Ausgabe 12 des Fotomagazins „Der Greif" und ab Freitag, 13. September, eine Kabinettausstellung im FORUM 050 im Münchner Stadtmuseum.
Für das Projekt „Blame the Algorithm" fragten Adam Broomberg und Oliver Chanarin über eine öffentliche Ausschreibung nach Fotografien, die zu privat, zu still, zu gewalttätig, zu politisch, zu subversiv oder zu explizit sind, um sie online zu teilen. Bilder, die niemals auf Facebook, Instagram oder anderen sozialen Netzwerken gezeigt werden würden. Ein ehemaliger Content-Moderator von Facebook sichtete die Einreichungen und unterteilte sie in "GOOD"– unzensierte Bilder – und "BAD"– zensierte Bilder.
Broomberg & Chanarin sind ein britisches Künstlerduo, ihre Arbeiten wurden unter anderem im Centre Pompidou, im MoMA und in der Tate Modern gezeigt. „Der Greif" ist eine vielfach ausgezeichnete Organisation für zeitgenössische Fotografie mit Sitz in München.
Kontakt unter *www.dergreif.org* beziehungsweise per E-Mail an Simon Lovermann unter simon@dergreif.org.

Airbnb-Studie – Sozialreferat fordert Airbnb zur Kooperation auf

(7.8.2019) Anlässlich der gestern veröffentlichten Studie im Auftrag der Onlineplattform Airbnb fordert das Sozialreferat Airbnb dazu auf, die Klagen gegen die Stadt einzustellen und mit der Landeshauptstadt München zu kooperieren, um das illegale Vermieten von Wohnraum an Feriengäste zu unterbinden.

Sozialreferentin Dorothee Schiwy: „Wenn für Airbnb der Schutz von Wohnraum wirklich ein wichtiges Thema ist, wie das Unternehmen es behauptet, dann soll Airbnb aufhören, gegen die Stadt vor Gericht zu ziehen und uns stattdessen endlich die Daten übermitteln, die wir brauchen, um gemeinsam gegen diejenigen vorzugehen, die in verantwortungsloser Art und Weise dem ohnehin schon angespannten Wohnungsmarkt in München Wohnraum entziehen."

In München dürfen ganze Wohnungen nicht länger als acht Wochen im Jahr an Feriengäste vermietet werden.

Sozialreferentin Schiwy: „Eine echte kurzzeitige Vermietung – eben weniger als acht Wochen im Jahr – ist damit in München erlaubt. Alles was darüber hinaus geht, ist schlicht illegal. Auf einem so angespannten Wohnungsmarkt wie München trägt jede weitere Verknappung dazu bei, dass die Preise in die Höhe gehen. Für diese Erkenntnis brauchen wir keine Studien. Das ergibt sich aus dem Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage."

Allein im Jahr 2018 konnten 370 Wohneinheiten vor einer illegalen Zweckentfremdung bewahrt beziehungsweise wieder dem Wohnungsmarkt zugeführt werden. Die Schaffung dieser Anzahl von Wohnungen im geförderten Wohnungsbau würde die Landeshauptstadt München rund 139 Millionen Euro kosten.

Veranstaltungen im Münchner Stadtmuseum

(7.8.2019) Das Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1, lädt am kommenden Wochenende zu folgenden Veranstaltungen ein:

- Am Samstag, 10. August, findet um 11 Uhr eine Führung der Münchner Volkshochschule (MVHS) durch die Ausstellung „Jugendstil skurril. Carl Strathmann" statt. Fantastische Landschaften und mythisch-sagenhafte Szenen, skurrile Karikaturen und Entwürfe für Tapeten, Kerzen oder Kacheln – die Kunst und das Kunsthandwerk Carl Strathmanns sind einzigartig. Das Münchner Stadtmuseum widmet dieser aufregenden und wiederentdeckten Künstlerpersönlichkeit eine umfassende Werkschau, in der auch Arbeiten gezeigt werden, die bisher als verschollen oder zerstört galten. Der Rundgang stellt die Ausstellung vor und präsentiert ausgewählte Werke des Künstlers. Das Tagesticket kostet ermäßigt

3,50 Euro, die Führung kostet 7 Euro und ist direkt an den Guide zu zahlen.

- „Kind sein früher – Kind sein heute. Auf Zeitreise mit Frida und Paul“ heißt die MVHS-Familienwerkstatt, die am Sonntag, 11. August, von 15 bis 17 Uhr angeboten wird. Die Teilnehmer machen sich mit Frida und Paul auf zur Zeitreise durch Münchens Vergangenheit. Wie lebten die beiden im Mittelalter, wie um 1900 hier in München? Frida war damals eine behütete Bürgerstocher und Paul ein armer Arbeitersohn, der in einer sogenannten „Herberge“ vor den Toren der Stadt wohnte. Und wie leben die „Münchner Kindl“ heute? In der Museumswerkstatt kann ein Windrad gebastelt werden, wie es schon Großpapa und Großmama machten. Für Kinder ab 5 Jahren in Begleitung Erwachsener geeignet. Das Tagesticket kostet ermäßigt 2 Euro, Kinder unter 18 Jahren haben freien Eintritt, die Teilnahme kostet für Erwachsene 8 Euro, für Kinder 5 Euro. Anmeldungen werden erbeten unter *www.mvhs.de*.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Mittwoch, 7. August 2019

Kampagne gegen die achtlose Verschmutzung durch Zigarettenfilter
Antrag Stadtrats-Mitglieder Paul Bickelbacher, Katrin Habenschaden, Anna Hanusch, Sabine Krieger und Dr. Florian Roth (Fraktion Die Grünen – rosa liste) vom 10.12.2018

Beteiligung des Behindertenbeirats bei der Gestaltung von städtischen Plätzen und MVG-Haltestellen
Antrag Stadtrats-Mitglieder Professor Dr. Jörg Hoffmann, Dr. Michael Mattar, Gabriele Neff, Thomas Ranft und Wolfgang Zeilnhofer (damals Fraktion FDP – HUT) vom 13.05.2019

Wie lässt sich die geplante Erweiterung der MAN-Teststrecke in Allach/Ludwigsfeld anwohnerfreundlich gestalten?
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Cetin Oraner und Brigitte Wolf (Die Linke) vom 29.3.2019

Kampagne gegen die achtlose Verschmutzung durch Zigarettenfilter
Antrag Stadtrats-Mitglieder Paul Bickelbacher, Katrin Habenschaden, Anna Hanusch, Sabine Krieger und Dr. Florian Roth (Fraktion Die Grünen – rosa liste) vom 10.12.2018

Antwort Baureferentin Rosemarie Hingerl:

In Ihrem Antrag vom 10.12.2018 bitten Sie um Erarbeitung einer Kampagne mit dem Schwerpunkt „Umweltverschmutzung durch achtlos weggeworfene Zigarettenkippen". Das Baureferat soll den Einsatz von für Zigaretten geeigneten Abfalleimern überprüfen.

Nach § 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist. Der Inhalt Ihres Antrages betrifft jedoch eine laufende Angelegenheit i. S. von Art. 37 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 GO und § 22 GeschO, deren Erledigung dem Oberbürgermeister obliegt. Eine beschlussmäßige Behandlung der Angelegenheit im Stadtrat ist daher rechtlich nicht möglich.

Zu Ihrem Antrag vom 10.12.2018 teilen wir Ihnen aber Folgendes mit:
Zu dem Thema „Verschmutzung durch Zigarettenkippen und Abfallbehälter mit Aschenbechern" wurden in der Vergangenheit mehrere Anträge gestellt, so zuletzt der Antrag Nr. 14-20/A 04121 der FDP-HUT Stadtratsfraktion vom 24.5.2018 „Gegen die Vermüllung der Stadt: Mehr Mülltonnen, Aschenbecher, Hundetütenspender im öffentlichen Raum nach – Wiener Vorbild". Auf die Veröffentlichung unserer Antwort in der Rathaus Umschau vom 24.8.2018 dürfen wir hinweisen.
Wie bereits dargestellt, gehört die Landeshauptstadt München Studien und Umfragen zufolge zu den saubersten Großstädten Deutschlands. Das Baureferat engagiert sich vielfältigst durch gezielte Maßnahmen und Kampagnen, damit dies so bleibt und weiter verbessert wird.

Das Baureferat wurde mit Stadtratsbeschluss vom 22.11.2016 „Aktion Saubere Stadt – Wiederholung der Kampagne für „Rein. Und Sauber" (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 06637) mit der Durchführung einer Kampagne im Jahr 2017 beauftragt. Hier wurden die Raucherinnen und Raucher mit speziellen Maßnahmen, wie mit Plakaten, Flyern, proaktiver Ansprache durch Promotionteams, Verteilung von Taschenaschern als Give-aways sowie allgemeinen Informationen zum richtigen Umgang mit Abfällen, z. B. im Internet mit der Kernbotschaft – „Abfall gehört in den Abfallbehälter", auf die korrekte Entsorgung ihrer Zigarettenkippen hingewiesen.

Im Juli 2016 begann zudem die Kampagne „Wahre Liebe ist“ für mehr Sauberkeit an der Isar (Beschluss des Bauausschusses vom 26.4.2016, Sitzungsvorlage Nr. 14-20/V 05605 und Bekanntgabe zur Vorgehensweise, Sitzungsvorlage Nr. 14-20/V 06521). Mit vielfältigen Aktionen wurden auch hierbei die Menschen zu einem verantwortungs- und umweltbewussten Handeln angeregt. Dabei wurden unter anderem tausende Taschen-Aschenbecher zum Mitnehmen verteilt. Aufgrund des Erfolgs dieser Maßnahmen wurde das Baureferat mit der Fortführung dieser Kampagnen bis 2020 beauftragt (Beschluss des Bauausschusses vom 4.7.2017, Sitzungsvorlage Nr. 14-20/V 08833).

Derzeit bereitet das Referat für Arbeit und Wirtschaft eine Beschlussvorlage vor, in der dem Stadtrat über die Ergebnisse des Pilotprojektes der Stadtwerke München GmbH zu den Aschenbechern an U-Bahn-Aufgängen aus den Jahren 2016 und 2017 berichtet wird. Die Mittel für die Beschaffung und das Betreiben von Aschern an U-Bahnaufgängen hat das Referat für Arbeit und Wirtschaft für den Eckdatenbeschluss 2020 angemeldet.

Um Kenntnisnahme von den vorstehenden Ausführungen wird gebeten. Wir gehen davon aus, dass der Antrag damit abschließend behandelt ist.

Beteiligung des Behindertenbeirats bei der Gestaltung von städtischen Plätzen und MVG-Haltestellen
Antrag Stadtrats-Mitglieder Professor Dr. Jörg Hoffmann, Dr. Michael Mattar, Gabriele Neff, Thomas Ranft und Wolfgang Zeilnhofer (damals Fraktion FDP – HUT) vom 13.05.2019

Antwort Clemens Baumgärtner, Referent für Arbeit und Wirtschaft:

Sie haben beantragt, der Stadtrat möge beschließen, dass der Oberbürgermeister dafür Sorge trägt, dass bei allen Platzgestaltungen durch das Baureferat sowie bei der Gestaltung von MVG-Haltestellen der Behindertenbeirat beteiligt wird. Da es zwischenzeitlich bereits eine Vereinbarung zwischen dem Baureferat, der Münchner Verkehrsgesellschaft mbH (MVG) und dem Behindertenbeirat gibt, erlaube ich mir, Ihren Antrag anstelle einer Stadtratsvorlage als Brief zu beantworten.

Wir haben zu diesem Vorgang den Behindertenbeirat um Stellungnahme gebeten, der uns Folgendes mitgeteilt hat:

„Der Facharbeitskreis Mobilität im Behindertenbeirat der Landeshauptstadt München (LHM) bedankt sich, in Abstimmung mit dem Behindertenbeauftragten, Oswald Utz, ausdrücklich für die berechtigte Initiative. Auch wir sind während der letzten Jahre nicht untätig gewesen, um die Beteiligung verbindlich festzuschreiben, da auch andernorts Missstände zu beklagen sind.

Zwischenzeitlich bestehen sowohl mit dem Baureferat als auch mit der MVG Vereinbarungen, dass wir von Beginn an bei den Planungen einbezogen werden.

Dabei werden die einzelnen Projekte im Städtischen Beraterkreis barrierefreies Planen und Bauen vorgestellt. In dem Gremium sind wir mit mehreren Mitgliedern vertreten. Die Beschlussvorlagen zu den einzelnen Projekten des Baureferats müssen uns zeitlich so vorgelegt werden, dass wir Stellung nehmen können.

Mit der MVG hat sich durch die Einrichtung einer Mobilitätsbeauftragten eine konstruktive Zusammenarbeit entwickelt. Sämtliche Haltestellen werden im Rahmen von Spartengesprächen im genannten Beraterkreis vorgestellt. Problematisch in diesem Bereich ist, dass uns z.B. die Planungen zur Haltestelle Romanplatz erst zu einem Zeitpunkt vorgelegt wurden, nachdem die Beteiligung abgeschlossen war und die Planungen noch nach

alten Standards erfolgt sind. Hier können wir nur noch auf Details Einfluss nehmen.

Da sich die Verfahren über Jahre hinziehen, schreiben wir dies noch der Übergangsphase zu einer verbindlichen Regelung zu. Sofern sich die Verfahren nicht bewähren sollten (was wir nicht hoffen), werden wir uns an das Referat für Arbeit und Wirtschaft wenden."

Die ebenfalls um Stellungnahme gebetene MVG teilte Folgendes mit:

„Die SWM/MVG haben in den letzten Jahren für alle Aspekte, die die barrierefreie Zugänglichkeit der Verkehrssysteme betreffen, eine enge Zusammenarbeit und definierte Beteiligungs- und Anhörungsprozesse mit den Behindertenvertretern der Landeshauptstadt München installiert. Zu diesem Zweck wurde im Büro des Geschäftsführers Mobilität die Stelle einer Beauftragten für Fahrgäste mit Mobilitätseinschränkungen eingerichtet. Über diese Stelle laufen bei der SWM/MVG alle Fragestellungen zur Barrierefreiheit und die Koordination und Kommunikation zu den Behindertenvertretern zusammen. Gemäß den geltenden Vereinbarungen werden der Beraterkreis barrierefreies Planen und Bauen, der Facharbeitskreis Mobilität des Behindertenbeirates und der Behindertenbeauftragte entsprechend der definierten Zuständigkeiten von der SWM/MVG bei allen in ihren Zuständigkeitsbereich fallenden Planungen beteiligt. Dies gilt z.B. für Neubeschaffungen von Fahrzeugen, sämtliche Infrastrukturmaßnahmen, die Festlegung von barrierefreien Ausbaustandards bis hin zur Entwicklung von Mitarbeiterschulungen im Hinblick auf die zu berücksichtigenden Belange behinderter Fahrgäste.

Gerade die Verbesserung der barrierefreien Zugänglichkeit bei der Tram ist eines der großen Ziele, die die SWM/MVG in den nächsten Jahren mit Hochdruck vorantreiben möchte. Die hierfür erforderlichen systemabhängigen und genehmigungsrelevanten Prüfungen zur Entwicklung eines barrierefreien Haltestellenausbaustandards wurden bereits eingeleitet. Barrierefreie Anforderungen sollten künftig nicht mehr zugunsten anderer Aspekte (z.B. aus gestalterischen Gründen) abgewogen werden. Die SWM/MVG werden sich dafür einsetzen, dass die Herstellung der Barrierefreiheit bei allen Neubau- und Sanierungsprojekten – soweit technisch möglich – gewährleistet und umgesetzt wird."

Ich bitte Sie, von den vorstehenden Ausführungen Kenntnis zu nehmen, und hoffe, dass Ihr Antrag zufriedenstellend beantwortet ist und als erledigt gelten darf.

Wie lässt sich die geplante Erweiterung der MAN-Teststrecke in Allach/Ludwigsfeld anwohnerfreundlich gestalten?
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Cetin Oraner und Brigitte Wolf (Die Linke)
vom 29.3.2019

Antwort Stephanie Jacobs, Referentin für Gesundheit und Umwelt:

Ihrer Anfrage liegt folgender Sachverhalt zu Grunde:

„Anfang Februar 2019 stellte MAN Bürgerinnen und Bürgern aus der Nachbarschaft die Pläne zur Erweiterung seiner Teststrecke in Allach/Ludwigsfeld dar. MAN möchte u. a. einen zweiten Schotterhügel errichten, um auch einer neuen Generation von Trucks und Bussen die erforderlichen Tests zu unterziehen und diese den Kunden vorführen zu können. Immerhin sollen künftig statt 25 bis zu 50 Hügelfahrten täglich durchgeführt werden, die Anzahl der zulässigen Testrunden pro Tag soll sich von 250 auf bis zu 400 erhöhen. Dafür soll ‚nur noch' an 270 Werktagen statt wie bisher an 313 Tagen gefahren werden – dies allerdings Montag bis Samstag zwischen 7 Uhr und 20 Uhr!
Verständlich, dass die betroffenen Anwohner aus der Siedlung Ludwigsfeld trotz der umfänglichen Erläuterungen ihre Bedenken was Verkehrsbelastung – die schweren Fahrzeuge müssen aus dem eigentlichen MAN-Gelände auf die Teststrecke durch die Siedlung fahren – und was Lärm und Emissionen betrifft, nicht ausreichend berücksichtigt sahen."

Oberbürgermeister Reiter hat mir Ihre Anfrage zur Beantwortung zugeleitet. Zunächst bedanke ich mich für die Fristverlängerung und darf die einzelnen Punkte Ihrer Anfrage – unter Berücksichtigung der Stellungnahme des Referates für Stadtplanung und Bauordnung zu Frage 4 – wie folgt beantworten:

Vorab fasse ich den Gegenstand des Genehmigungsantrags der Firma MAN und das notwendige immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren zum besseren Verständnis wie folgt zusammen:

Das von der Firma MAN Truck & Bus SE auf der Teststrecke 2 (Karlsfelder Str. 260) geplante Vorhaben beinhaltet
- die Errichtung eines neuen Offroadhügels (an Stelle des bestehenden Offroadhügels) sowie
- die Errichtung eines zusätzlichen Auffahrhügels.

Darüber hinaus soll die Nutzung der Teststrecke 2 geändert werden:

Auf dem vorhandenen Rundkurs sinkt die Anzahl der jährlichen Fahrten von max. 75.300 auf 74.000. Ebenso sinkt die Anzahl der Nutzungstage von derzeit ca. 313 Tagen auf maximal 270 Tage. Die tägliche Rundenzahl steigt dagegen von maximal 250 auf nun maximal 400 an.
Die Nutzung der Kreisbahn bleibt nahezu unverändert, allerdings wird nun eine Begrenzung der Fahrtage auf 100 pro Jahr festgelegt.
Die Anzahl der Fahrten auf den Hügeln erhöhen sich von 25 auf 50 Fahrten pro Tag.

Ferner wurde ein Parallelbetrieb für Veranstaltungen und Test-Betrieb beantragt. Der Veranstaltungsbetrieb soll verstärkt werden auf maximal zehn Großveranstaltungen pro Jahr.
Die Betriebszeit der Teststrecke 2 bleibt wie bisher auf die Tageszeit von 7 - 20 Uhr beschränkt.

Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens wurde von der Firma MAN plausibel dargestellt, dass bei Großveranstaltungen der Besucherparkverkehr weitgehend über werkseigene Parkhäuser und Parkplätze kombiniert mit einem Shuttleverkehr zur Teststrecke abgewickelt werden solle, die Intensivierung des Betriebs zu keiner signifikanten Steigerung des Fahrverkehrs auf der Karlsfelder Straße führe und der Ausbau der Karlsfelder Straße in absehbarer Zeit umgesetzt werden könne. Die Firma MAN sei bereit, ihren Part (Bau eines Teils der Straße auf dem Betriebsgelände) zu erfüllen.

Die Zulässigkeit der geplanten Erweiterung der MAN-Teststrecke in Allach/Ludwigsfeld wurde vom Referat für Gesundheit und Umwelt (RGU) entsprechend den gesetzlichen Vorgaben in einem immissionsschutzrechtlichen Verfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung geprüft. Im Verfahren wurden die Träger öffentlicher Belange beteiligt und die Bezirksausschüsse des 23. und des 24. Stadtbezirkes sowie die Gemeinde Karlsfeld gehört.

Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens wurde am 7.5.2019 mit allen Beteiligten ein Erörterungstermin durchgeführt.

Mit Ausnahme der formal noch ausstehenden Stellungnahme der höheren Naturschutzbehörde liegen alle anderen Stellungnahmen der beteiligten Fachbehörden mit einem positiven Votum vor. Bei Vorliegen der Genehmigungsvoraussetzungen gemäß BundesImmissionsschutzgesetz hat die Firma MAN einen Anspruch auf Genehmigung ihres Vorhabens.

Mit Bescheid vom 7.6.2019 wurde die parallel zum Genehmigungsverfahren beantragte Zulassung des vorzeitigen Baubeginns für den Umbau des

Anfahrhügelkomplexes gemäß § 8a BImSchG erteilt. In die noch ausstehende Änderungsgenehmigung werden entsprechende Nebenbestimmungen (§ 12 BImSchG) zum Schutz der Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen aufgenommen. Insbesondere wird nach Abschluss der Umbaumaßnahmen eine Abnahmemessung gefordert werden, die die Einhaltung der Immissionsbegrenzungen belegen soll. Veranstaltungen auf dem Gelände sind darüber hinaus gesondert anzuzeigen.

Die immissionsschutzrechtlich genehmigungsbedürftigen Anlagen der Firma MAN entsprechen im Übrigen den gesetzlichen Anforderungen. Insbesondere muss die Betreiberin in regelmäßigen Abständen die Einhaltung der festgesetzten Lärmrichtwerte durch entsprechende Schallpegelmessungen belegen.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich Ihre Fragen wie folgt:

Frage 1:
Läuft das Begutachtungsverfahren für die Erweiterung der Teststrecke noch und welche Ämter bzw. Behörden sind hier eingeschaltet?

Antwort:
Im Verfahren wurden neben den Fachgebieten des Referates für Gesundheit und Umwelt, die Regierung von Oberbayern, das Referat für Stadtplanung und Bauordnung – Lokalbaukommission, das Kreisverwaltungsreferat – Branddirektion sowie das Baureferat – Münchner Stadtentwässerung beteiligt.
Vorbehaltlich der einzig noch ausstehenden Stellungnahme der Regierung von Oberbayern als höhere Naturschutzbehörde hat die Prüfung der Fachstellen ergeben, dass das Vorhaben genehmigungsfähig ist.

Frage 2:
Hat die Stadt Informationen darüber, ob es sich bei der „neuen Generation von Trucks" auch um militärische Fahrzeuge handelt?

Antwort:
Auf der Teststrecke 2 sollen – nach den vorliegenden Informationen – auch militärische Fahrzeuge getestet werden.

Frage 3:
Auch das Referat für Gesundheit und Umwelt (RGU) ist mit der Überprüfung von Daten befasst:

a) *Um welche Daten handelt es sich dabei?*

Antwort:
Das RGU ist insbesondere mit der Prüfung der vorgelegten Gutachten zum Lärmschutz sowie zur Luftreinhaltung befasst gewesen.

b) *Welche Maßnahmen zum Schutz der Anwohner schlägt das RGU vor?*

Antwort:
Das RGU wird Immissionsmessungen in der Nachbarschaft fordern. Die Messungen sind bei Maximalauslastung der Anlage durchzuführen.
Für den Veranstaltungsbetrieb werden Maßnahmen gefordert, um die Anwohner/-innen vor unnötigen Lärmbelästigungen zu schützen (Verbot von Musikdarbietungen sowie elektronisch verstärkten Tondarbietungen im Freien oder im Zelt).
Ferner sind Maßnahmen zu ergreifen, um witterungsbedingte Staubemissionen der unbefestigten Abstellflächen sowie am Off-Road-Hügel zu vermeiden z.B. durch Besprühen mit Wasser.
Bei Veranstaltungen soll der Besucherparkverkehr weitgehend über werkseigene Parkhäuser und Parkplätze kombiniert mit einem Shuttleverkehr zur Teststrecke abgewickelt werden.

Frage 4:
Welche geänderte Verkehrsführung ist denkbar, um die Anwohner vom Durchgangsverkehr zur und von der Teststrecke zu befreien?

Antwort:
Die MAN Teststrecke ist in Ost-West Richtung über die Karlsfelder Straße zu erreichen. Über die Karlsfelder Straße wird auch das Hauptstraßennetz, die Dachauer Straße im Westen und die Feldmochinger Straße im Osten erreicht.
Alternative Verkehrsführungen sind auf Grund des weitmaschigen Netzes in diesem Bereich derzeit nicht erkennbar. Die geplante Realisierung der Karlsfelder Straße neu zur Entlastung der Siedlung Ludwigsfeld wird von MAN und den beteiligten städtischen Dienststellen und Fachbehörden beschleunigt vorangetrieben werden.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass bei Beachtung der von den Fachstellen geforderten Auflagen – vorbehaltlich der noch ausstehenden Stellungnahme der höheren Naturschutzbehörde – das Vorhaben genehmigungsfähig ist und die Firma MAN damit Anspruch auf Genehmigung ihres Vorhabens hat.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Mittwoch, 7. August 2019

Barrierefreiheit im Schützensport
Antrag Stadtrats-Mitglieder Kathrin Abele, Verena Dietl, Haimo Liebich, Christian Müller, Cumali Naz, Julia Schönfeld-Knor und Birgit Volk (SPD-Fraktion)

Bogenschießanlage an der Mühlangerstraße
Antrag Stadtrats-Mitglieder Kathrin Abele, Verena Dietl, Haimo Liebich, Christian Müller, Cumali Naz, Julia Schönfeld-Knor und Birgit Volk (SPD-Fraktion)

Ansprechstelle „Barrierefreiheit & Inklusion“ für den Vereinssport
Antrag Stadtrats-Mitglieder Kathrin Abele, Verena Dietl, Haimo Liebich, Christian Müller, Cumali Naz, Julia Schönfeld-Knor und Birgit Volk (SPD-Fraktion)

Wie viele Kitaplätze wurden in der aktuellen und in den letzten Stadtratsperioden geschaffen?
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Anja Berger, Katrin Habenschaden, Jutta Koller, Sabine Krieger, Dr. Florian Roth, Oswald Utz und Sebastian Weisenburger (Fraktion Die Grünen – rosa liste)

Zurückstellung vom Schulbesuch wegen mangelnder Deutschkenntnisse
Anfrage Stadträtinnen Anja Berger und Sabine Krieger (Fraktion Die Grünen – rosa liste)

Wertschätzung für unsere Polizei und Rettungskräfte zum Ausdruck bringen – Kampagne für Respekt vor Helfern beschließen
Antrag Stadtrats-Mitglieder Johann Altmann, Dr. Josef Assal, Eva Caim, Richard Progl, Mario Schmidbauer und Andre Wächter (Fraktion Bayernpartei)

Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (umF)?
Anfrage Stadtrat Thomas Ranft (FDP – mut Stadtratsfraktion)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für die nachfolgenden Anträge und Anfragen liegt bei den jeweiligen Stadtratsmitgliedern. Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

ANTRAG

SPD-STADTRATSFRAKTION

MünchenSPD Stadtratsfraktion . Rathaus . 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 07.08.2019

Barrierefreiheit im Schützensport

Antrag

Die Stadtverwaltung eruiert in Zusammenarbeit mit dem Schützenbezirk Münchner die Situation der Barrierefreiheit im Münchner Schützensport.
Dabei soll festgestellt und priorisiert werden, bei welchen Vereinen bauliche Maßnahmen einfacherer Art vorgenommen werden könnten, um Menschen mit Beeinträchtigungen, insbesondere mit Bewegungsbeschränkungen, den Zugang zu Sportart und Vereinsleben zu ermöglichen.

Ziel soll es sein, mindestens vier Anlagen, zweckmäßig im Münchner Stadtgebiet verteilt, barrierefrei zu gestalten.

Begründung

Der Schießsport mit all seinen Fassetten eignet sich hervorragend für Menschen mit Beeinträchtigung, insb. mit Bewegungsbeschränkungen.
Oftmals sind jedoch Schützenstände in Kellerräumen untergebracht oder es bestehen andere Barrieren, bspw. zu den Toiletten.

Um den Zugang zu dieser äußerst inklusiven Sportart so hürdenfrei wie möglich zu gestalten, sollten Münchens Schieß- und Schützenanlagen genauer betrachtet werden und dabei festgestellt werden, wo durch angemessene, bauliche Maßnahmen Verbesserungen für Vereinsmitglieder mit Einschränkungen erreicht werden können.

gez.

Verena Dietl
Kathrin Abele
Haimo Liebich
Christian Müller

Cumali Naz
Julia Schönfeld-Knor
Birgit Volk

Stadtratsmitglieder

MünchenSPD Stadtratsfraktion
Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 089 - 23 39 26 27, Fax: 089 - 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MÜNCHEN SPD

ANTRAG

SPD-STADTRATSFRAKTION

MünchenSPD Stadtratsfraktion . Rathaus . 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 07.08.2019

Bogenschießanlage an der Mühlangerstraße

Antrag

Die Stadtverwaltung wird gebeten, schnellstmöglich mit allen Beteiligten Anstrengungen zu unternehmen, um die neue Bogenschießanlage an der Mühlangerstraße im Stadtteil Aubing-Lochhausen-Langwied in Betrieb nehmen zu können.
Erdarbeiten bzw. Kleinbaumaßnahmen, die ggf. zur Erreichung dieses Zieles nötig sind, sollen in Absprache mit der Münchner Schützenorganisation unbürokratisch und verwaltungsintern eruiert und umgesetzt werden.

Zudem sollen alle erforderlichen Schritte zur langfristigen Sicherung der Fläche für den Bogenschießsport in die Wege geleitet werden.

Begründung

Im Mai 2018 fasst der Sportausschuss des Münchner Stadtrats den Beschluss, an der Mühlangerstraße im Stadtteil Aubing-Lochhausen-Langwied eine Bogenschießanlage einzurichten. Trotz einiger Anstrengungen aller Beteiligten scheint das Vorhaben auf der Stelle zu treten. Insbesondere bedürfen Fragen der sportfachlichen Absicherung der künftigen Anlage weiterhin einer Klärung.

Die Stadtverwaltung sollte daher den Status dieses unterstützenswerten Vorhabens prüfen und einen Prozess anstoßen, wonach zielorientiert die bestehenden Hürden im Verfahren thematisiert und Lösungen pragmatisch erarbeitet werden. Dies bezieht die Beratung der Schützen bei baurechtlichen Beantragungen sowie die Unterstützung von ggf. notwendigen Erdarbeiten und kleineren Baumaßnahmen mit technischem Gerät mit ein.

gez.

Verena Dietl
Kathrin Abele
Haimo Liebich
Christian Müller

Cumali Naz
Julia Schönfeld-Knor
Birgit Volk

Stadtratsmitglieder

MünchenSPD Stadtratsfraktion
Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 0 89 - 23 39 26 27, Fax: 0 89 - 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MÜNCHEN SPD

ANTRAG

SPD-STADTRATSFRAKTION

MünchenSPD Stadtratsfraktion . Rathaus . 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 07.08.2019

Ansprechstelle „Barrierefreiheit & Inklusion“ für den Vereinssport

Antrag

Die Landeshauptstadt München richtet im Rahmen der öffentlichen Sportverwaltung eine(n) zentrale(n) Ansprechpartner/-in für alle Belange rund um baufachliche Themen im Bereich „Barrierefreiheit & Inklusion“ ein. Ziel soll es dabei sein, Vereinen und Organisationen neben den im Sportamt bereits verfügbaren, sportsozialen Beratungsleistungen auch das nötige baufachliche Know-how zur Verfügung zu stellen.

Auf diese Beratungsmöglichkeit wird regelmäßig im Newsletter des Sportamtes hingewiesen.

Begründung

Sport und insbesondere der Vereinssport hat neben dem reinen Bewegungsaspekt noch viele weitere Vorteile. Er kann als Ausgleich vom Alltag dienen oder den sozialen Anschluss fördern.

Um Menschen mit Beeinträchtigungen einen noch besseren Zugang zum organisierten Breitensport zu ermöglichen, sind oftmals Veränderungen im baulichen Zustand von Sportanlagen nötig. Häufig sind Vereine willens und verfügen auch über finanzielle Mittel für die Umsetzung solcher Maßnahmen. Was fehlt, ist jedoch das konkrete, fachliche Wissen, wie zweckmäßige und effektive Veränderungen an Bestandssporteinrichtungen vorgenommen werden können oder wie bei Neubaumaßnahmen inklusive Belange von Anfang an ausreichend berücksichtigt werden können.

Daher sollte eine einheitliche Ansprechstelle eingeführt werden, von welcher aus die Vereine beraten bzw. innerhalb der Stadtverwaltung den zuständigen Stellen zugeführt werden könnten.

gez.

Verena Dietl
Kathrin Abele
Haimo Liebich
Christian Müller
Cumali Naz
Julia Schönfeld-Knor
Birgit Volk

Stadtratsmitglieder

MünchenSPD Stadtratsfraktion
Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 089 - 23 39 26 27, Fax: 089 - 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MÜNCHEN SPD

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

DIE GRÜNEN
ROSA LISTE
STADTRATSFRAKTION MÜNCHEN

München, den 07.08.2019

Wie viele Kitaplätze wurden in der aktuellen und in den letzten Stadtratsperioden geschaffen?

Anfrage

Auf verschiedenen Kanälen ist zu lesen, welche Menge an Kitaplätzen durch die regierende rot-schwarze Rathausmehrheit im Zeitraum zwischen 2014 und jetzt geschaffen wurde. Dabei wird gerne darauf hingewiesen, welche enormen Anstrengungen das Bündnis unternommen hat um so viel zu bauen wie nur irgendwie möglich. Vergleicht man jedoch die Zahlen mit denen der vorangegangen Amtsperiode kommen Zweifel auf, ob die jetzt präsentierten Zahlen vielleicht doch gar nicht so überwältigend sind.

Wir fragen daher:

1. Wie viele Kitaplätze (getrennt nach Krippe / Kindergarten) sind im Zeitraum zwischen 01.05.2014 und August 2019 in München entstanden?

2. Um wie viel Prozent sind die Kitaplätze (getrennt nach Krippe / Kindergarten) im Zeitraum 01.05.2014 bis August 2019 in München im Vergleich zum Stand zum 30.04.2014 angewachsen?

3. Wie viele Kitaplätze (getrennt nach Krippe / Kindergarten) sind im Zeitraum zwischen 01.05.2008 und 30.04.2014 in München entstanden?

4. Um wie viel Prozent sind die Kitaplätze (getrennt nach Krippe / Kindergarten) im Zeitraum 01.05.2008 bis 30.04.2014 in München im Vergleich zum Stand zum 30.04.2008 angewachsen?

5. Wie groß ist der nominelle und der prozentuale Unterschied zwischen Frageblock 1+2 und 3+4?

Initiative:

Dr. Florian Roth Katrin Habenschaden Sebastian Weisenburger Anja Berger
Jutta Koller Sabine Krieger Oswald Utz
Mitglieder des Stadtrates

Die Grünen-rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233-92620, Fax 089/233-92 684
www.gruene-fraktion-muenchen.de, gruene-rosaliste-fraktion@muenchen.de

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

DIE GRÜNEN
ROSA LISTE
STADTRATSFRAKTION MÜNCHEN

München, den 07.08.2019

Zurückstellung vom Schulbesuch wegen mangelnder Deutschkenntnisse

Anfrage

Carsten Linnemann, stellvertretender Fraktionsvorsitzende der CDU / CSU im Bundestag, forderte unlängst ein Schulverbot für Migrantenkinder bei mangelnden Deutschkenntnissen: „Um es auf den Punkt zu bringen: Ein Kind, das kaum Deutsch spricht und versteht, hat auf einer Grundschule noch nichts zu suchen.“ Andere CDU-Politiker*innen kritisierten diesen Vorschlag scharf. Die schleswig-holsteinische Bildungsministerin Karin Prien (CDU) etwa sprach von „populistischen Unfug“. Statt zunächst von der Einschulung abzusehen, müsste man die Kinder in der Grundschule adäquat in Deutsch als Zweitsprache fördern.

In Bayern ist eine Zurückstellung nur wegen Deutschdefiziten leider längst Realität. Im Bayerischen Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen heißt es nämlich im Artikel 37:

> „(4) Die zuständige Grundschule kann ein Kind, das weder eine Kindertageseinrichtung noch einen Vorkurs nach Art. 5 Abs. 3 des Bayerischen Integrationsgesetzes besucht hat und bei dem im Rahmen der Schulanmeldung festgestellt wird, dass es nicht über die notwendigen Deutschkenntnisse verfügt, von der Aufnahme zurückstellen und das Kind verpflichten, im nächsten Schuljahr eine Kindertageseinrichtung mit integriertem Vorkurs zu besuchen.“

Eine Zurückstellung eines schulreifen Kindes, das sich erst seit Kurzem in Deutschland aufhält, nur aufgrund mangelnder Deutschkenntnisse ist hochproblematisch. Besser wäre eine intensive Deutschförderung an Grundschulen. Hinzu kommt, dass für die zurückgestellten Kinder häufig kein Kindergartenplatz verfügbar ist, so dass die Kinder zu Hause bleiben und höchstens ein paar Stunden wöchentlich einen Vorkurs Deutsch besuchen.

Deshalb fragen wir:

1. Wie viele Migrantenkinder wurden – bezogen auf die Schuljahre 2018/2019 und 2019/2020 – nach der Schulanmeldung mit Bezug auf diese Gesetzesbestimmung zurückgestellt?
2. Mit welcher Priorität erhalten diese Kinder, für die aus Gründen der insbesondere sprachlichen Integration ein Kindergartenbesuch äußerst wichtig ist, einen Kindergartenplatz?
3. Wie viele dieser Kinder waren im Kindergartenjahr 2018/2019 für eine längere Zeit ohne Kindergartenplatz?
4. Welche Maßnahmen und Regelungen plant das Referat für Bildung und Sport, damit der im Gesetz vorgesehenen Kindergartenpflicht von den Eltern auch unverzüglich nachgekommen werden kann?

Die Grünen-rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233-92620, Fax 089/233-92 684
www.gruene-fraktion-muenchen.de, gruene-rosaliste-fraktion@muenchen.de

5. Wie bewertet das Referat für Bildung und Sport die genannte gesetzliche Regelung aus pädagogischen und integrationspolitischer Hinsicht? Wäre ein Ausbau der Deutschförderung an Grundschulen nicht der sinnvollere Weg?
6. Sind nach Einschätzung des Referats für Bildung und Sport die Kapazitäten zur Deutschförderung im Grundschulbereich ausreichend und ist eine Unterstützung der betroffenen Kinder durch die Landeshauptstadt München vorstellbar?

Wir bitten, wie in der Geschäftsordnung des Stadtrates vorgesehen, um eine fristgemäße Beantwortung unserer Anfrage.

Fraktion Die Grünen-rosa liste
Initiative:
Sabine Krieger
Anja Berger

Mitglieder des Stadtrates

BAYERNPARTEI
Stadtratsfraktion

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 06.08.2019

ANTRAG
Wertschätzung für unsere Polizei und Rettungskräfte zum Ausdruck bringen
- Kampagne für Respekt vor Helfern beschließen

Der Stadtrat beschließt eine stadtweite Kampagne „Mehr Respekt für Polizei und Rettungskräfte“.

Begründung:

Polizei und Rettungskräfte sehen sich immer öfter Übergriffen ausgesetzt und werden bei ihrer Arbeit angefeindet. Insgesamt wurden im Jahr 2018 - wie das Innenministerium im Juli bekanntgegeben hat - in Bayern 17.367 Polizeibeamte beleidigt, bespuckt, bedroht, geschlagen oder verletzt. Die meisten Fälle hätten sich nachts, an Wochenenden und in größeren Städten ereignet, hieß es.[1]

Dieser besorgniserregenden Entwicklung soll mit Hilfe einer Kampagne entgegengewirkt werden. Dadurch soll zum einen die Arbeit von Polizei, Feuerwehr und Rettungskräften in München gewürdigt werden, zum anderen soll aber auch die Wertschätzung für deren Leistungen in der Öffentlichkeit gesteigert werden.

München hat hier als Landeshauptstadt eine besondere Verantwortung. Dieser soll mit einer solchen Kampagne Rechnung getragen werden. Um eine breite Öffentlichkeit zu erreichen erscheint neben Print- und Plakatwerbung eine ansprechende Onlinekampagne in den sozialen Medien als besonders erfolgversprechend.

Initiative: **Andre Wächter**
weitere Fraktionsmitglieder: Johann Altmann, Dr. Josef Assal, Eva Caim, Richard Progl, Mario Schmidbauer

1 https://www.merkur.de/politik/polizei-bayern-attacken-auf-polizisten-in-bayern-auf-hoechststand-12776979.html

BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion
Rathaus, Marienplatz 8 ● Geschäftsstelle: Zimmer 116 ● 80331 München
Telefon: 089 / 233 – 20 798 ● Fax: 089 / 233 – 20 770 ● E-Mail: bayernpartei@muenchen.de

Wolfgang Zeilnhofer
Mitglied des Stadtrates der Landeshauptstadt München
Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München, TELEFON 089/233-92644 FAX 233-20436

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

07.08.2019

Schriftliche Anfrage
Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (umF)?

Unbegleitete minderjährige ausländische Kinder und Jugendliche haben nach der UN-Kinderrechtskonvention, nach dem Haager Minderjährigenschutzabkommen und nach europäischen und nationalen Vorgaben, Anspruch auf besonderen Schutz. In München ist das Young Refugee Center (YRC) seit dem 18. April 2016 die Erstaufnahmestelle in der Bayernkaserne und damit die zentrale Anlaufstelle für alle in München ankommenden unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge. Administrative Vorgänge werden unmittelbar vor Ort durch das Stadtjugendamt bearbeitet https://www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Sozialreferat/Fluechtlinge/umF.htm). Nach mehrjähriger Tätigkeit des YRC ist ein Bericht dringend erforderlich.

Ich bitte den Oberbürgermeister um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viele umF wurden seit der Flüchtlingskrise 2015 bis dato von der Landeshauptstadt München betreut?
2. Ist die medizinische Grundversorgung für alle Neuankömmlinge gewährleistet?
3. Ist ab dem Aufnahmetag eine feste Tagesstruktur mit Kita, Schule und Hausaufgabenbetreuung an fünf Tagen pro Woche, unabhängig vom Aufenthaltsstatus gewährleistet?
4. Finden Kinder, die sich in Begleitung ihrer Eltern bzw. eines Elternteils befinden, ähnliche Strukturen vor?
5. Werden regelmäßige Kontrollen durch das Referat für Gesundheit und Umwelt und das Jugendamt durchgeführt? Wenn ja, wie viele Kontrollen wurden durchgeführt? Wie wurde Auffälligkeiten begegnet?
6. Wie viele umF sind in Privathaushalten untergebracht?
   Wie oft werden Kontrollen in Privathaushalten durchgeführt?

Gez.
Wolfgang Zeilnhofer
Stadtrat

Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Mittwoch, 7. August 2019

Nachwuchs bei Vikunja und Yak
Pressemitteilung Tierpark Hellabrunn

Die presserechtliche Verantwortung für die nachfolgenden Pressemitteilungen liegt jeweils bei der Beteiligungsgesellschaft, die sie herausgibt.

Hellabrunn
DER MÜNCHNER TIERPARK

Pressemitteilung

Nachwuchs bei Vikunja und Yak

Die Sommerferien sind in vollem Gange und so freut sich Hellabrunn aktuell über zahlreiche Besucher aus aller Welt. Neben dem neuen Mühlendorf, einer erholsamen Großvoliere und einer erfrischenden Polarwelt gibt es auf der einen oder anderen Anlage natürlich auch tierischen Nachwuchs zu entdecken – so beispielsweise bei den Vikunjas und Yaks.

Vikunja? Yak? Nicht gerade die Tierarten, bei denen man gleich ein Bild vor Augen hat, wie sie aussehen. Es sei vorneweg gesagt: Die Jungtiere sind gleichermaßen mit einem kuscheligen Fell ausgestattet. Darüber hinaus haben die beiden Arten nicht wirklich viel gemeinsam – ein Besuch ist jedoch bei beiden lohnenswert.

Die Vikunjas leben im Tierpark Hellabrunn zusammen mit Pampashasen, Wasserschweinen, Nandus und Ameisenbär Xippe auf der Südamerikaanlage. Und seit Kurzem ist Vikunja-Stute Arlin nach elfmonatiger Tragzeit Mutter eines quicklebendigen Jungtiers. Mit ihrem hellen Fell und dem langen Hals lässt sich eine Ähnlichkeit zu Alpakas nicht leugnen – genau wie sie, gehören Vikunjas zur Familie der Kamele. Ausgewachsen sind sie etwa 150 Zentimeter hoch und wiegen 50 Kilogramm. Bis der kleine Hengst diese Größe erreicht, wird es noch etwa eineinhalb Jahre dauern.

Deutlich schwerer hingegen sind Yaks im ausgewachsenen Alter – männliche Tiere können ein Gewicht von bis 750 Kilogramm auf die Waage bringen. Doch bis dahin wird es auch bei den im Juni und Juli geborenen Bullen noch eine Weile dauern. Aktuell springen die beiden Jungtiere noch leichtfüßig über ihre n Außenanlagen.

Ursprünglich kommen Yaks als domestizierte Rinderart vor allem im Himalaya, der Mongolei und dem Süden Sibiriens vor. Sie stammen vom in der tibetischen Hochebene lebenden Wildyak ab. Sie sind an die dortigen extremen klimatischen Bedingungen angepasst und sehr genügsam. Im Gegensatz zu den Hausyaks sind die Wildyaks, wie viele andere heute noch existierende Wildrind-Arten, nach der Roten Liste der IUCN (International Union for Conservation of Nature) als gefährdet eingestuft. Der Restbestand des Wildyaks, der sich heute auf West-China und Tibet beschränkt, ist allein in den letzten 30 Jahren um über 30 Prozent zurückgegangen.

„Durch die Vielzahl an Tiergeburten setzen wir bei zahlreichen Tierarten den Artenschutz aktiv um und beteiligen uns an über 60 Erhaltungszuchtprogrammen. Zudem sind die vielen Geburten immer auch ein Zeichen dafür, dass die Tiere bei uns im Tierpark gesund sind und sich wohlfühlen“, freut sich Baban.

München, den 07.08.2019 / 43

Weitere Informationen:
Lisa Reininger
Pressereferentin
Münchener Tierpark Hellabrunn AG
Tierparkstr. 30, 81543 München
Tel: +49(0)89 62508-718
Fax: +49(0)89 62508-52
Email: presse@hellabrunn.de
Website: www.hellabrunn.de
www.facebook.com/tierparkhellabrunn

Münchener Tierpark Hellabrunn AG
Vorsitzende des Aufsichtsrates:
Christine Strobl, 3. Bürgermeisterin
Vorstand:
Rasem Baban
Eingetragen in das Handelsregister
des Amtsgerichts München, HRB 42030
UST-IdNr.: DE 129 521 751